



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kern, Fritz: Deutsche Parteien

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 5. Januar 1921

1921

Schlaf ist Schale, wirf sie fort,
 Säume nicht, Dich zu erdreissen,
 Wenn die Menge zaudernd schweift.
 Alles kann der Edle leisten,
 Der versteht und rasch ergreift.

Goethe

Deutsche Parteien

Von Fritz Kern



Parteien sind Körperschaften, in denen Macht, Interessen und Ideale sich verbinden. Bei den deutschen Parteien ist aus geschichtlichen Gründen der Faktor der Macht erheblich geringer, der Faktor der Ideale stärker entwickelt als etwa bei englischen oder amerikanischen Parteien. Die großen englischen Parteien sind ganz überwiegend Machtkörperschaften, jederzeit imstande und bereit, den Staat wirklich zu beherrschen. Wenn die eine der beiden englischen Parteien mehr das Ideal der Weltherrschaft und des straffen nationalen Zusammenhaltes, die andere mehr das Ideal der Humanität und der wirtschaftlichen Individualfreiheit voranstellt, so sind dies verhältnismäßig untergeordnete Schattierungen. Noch viel stärker ist freilich die Gleichförmigkeit zwischen den beiden amerikanischen Parteien, bei welchen ein Gegensatz der Ideale heute so gut wie verschwunden ist; sie leben nur im Interessengegensatz zueinander. Bei den deutschen Parteien dagegen ist neben einem kräftig entwickelten Maß von Interessen ein eigenartig gebundener Blumenstrauß von Idealen stärker bemerkbar als die Tradition, die Verantwortung und die Organe zur Macht.

Unter den Parteiidealen scheiden sich als die wichtigsten das nationale und das soziale. Das Nationale versteht sich eben bei uns nicht immer von selbst,

und das Soziale wird oft zu abstrakt in den luftleeren Raum der bloßen Denk-, aber nicht Verwirklichungsmöglichkeiten hineinkonstruiert. Daß beide Ideale, und zwar nicht infolge unsozialen Verhaltens der nationalen Kreise, in einem stärkeren Gegensatz zueinander stehen als bei irgendeinem andern Volk, ist die hauptsächlichliche Wurzel unseres gegenwärtigen Unglücks. Nur in Deutschland gibt es Parteien, die das Nationale geradezu ablehnen, und infolgedessen gibt es auch nur hier Parteien, die das Nationale als eine Sache für sich verteidigen müssen — anderwärts das Gemeinsame aller oder doch fast aller Parteien, bei uns das Privileg einiger unter ihnen. Wäre das deutsche Volk in seinem beruflichen, landschaftlichen, konfessionellen und seelischen Aufbau weniger zwiespältig, so ergäbe vermutlich die Zweiheit des nationalen und des sozialen Ideals, verflochten mit dem Gegensatz der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das Rückgrat eines großen Zweiparteiensystems. Dies wäre allerdings noch nicht ohne weiteres in Alternierung beider Parteien regierungsfähig. Dazu ist die sozialistische Linie viel zu sehr nur auf die Macht des Demagogen über die Massen, aber nicht auf die verantwortliche Macht im Staate eingestellt. Ihr Programm und ihre Männer sind zu weit entfernt von der staatlichen Wirklichkeit; ihre politischen Abergzeugungen sind künstliche Blumen, die sich unter der Glasglocke der Utopie sehr gut ausnehmen, aber in dem Erdreich der Wirklichkeit keine Wurzel zu schlagen vermögen. Das hat das deutsche Volk nach der Novemberrevolution in wenigen Monaten gespürt, und es gibt heute kaum etwas Brüchigeres und weniger vom Vertrauen der Gesamtheit Getragenes als das Scheinregieren sozialistischer Parteifunktionäre in Staat oder Selbstverwaltung. Die sozialistische Partei hat als Regierungspartei auch keinen zweiten Frühling zu erwarten, während es nicht ausgeschlossen ist, daß sich auf anderer ideeller Grundlage und mit neuen Männern einmal eine wirklichkeitsfähige Arbeiterpartei und -regierung bildet. Um regieren zu können, müßte sie freilich national sein, denn nur das Nationale gibt den Instinkt und verleiht die Fähigkeit, eine Nation zu regieren. In Wirklichkeit sinnen und trachten eben doch nur die national Gesinnten für die Nation, und so ist es ganz natürlich, daß immer wieder sie und nur sie nach allen möglichen Irrungen der Wählerschaft an die Regierung gelangen.

Die konservative Partei litt unter dem Eigensinn des ostelbischen Partikularismus, in dem zwar viele Tugenden des staatschöpferischen Preußentums fortlebten, zugleich aber die Verdienste der Väter sich epigonenhaft in Präventionen umgesetzt hatten. Die Konservativen waren die einzige Partei mit wirklichem Machtsinn, aber sie haben Bismarcks deutsche Politik erschwert und Bülow ohne geeigneten Ersatz zu Fall gebracht. Unter Heydebrandscher Führung hat ihre Starrköpfigkeit den Aufgaben einer großen nationalen Politik gegenüber versagt. Die Erben der konservativen Partei, die Deutschnationalen, haben mit vollem Bewußtsein ihren Standort breiter, weder partikularistisch noch klassenmäßig befangen, gewählt. Sie nehmen die ostdeutsch-preussische Kraft in sich auf, ohne ihr die alleinige Führung des ganzen Deutschlands zuzumuten. Die deutschnationale Partei würde heute zweifellos im Begriff sein, eine große Volkspartei zu werden, wenn nicht die konfessionelle Spaltung Deutschlands die Hälfte der ihr von Natur zukommenden Wählerschaft um einen anderen Mittelpunkt scharte.

Das Zentrum ist die eigentümlichste und echteste deutsche Partei, an der

vor allem der Aufbau eines gesunden Parteiwesens bisher scheitert. Die Wurzeln des Zentrums liegen in geschichtlichen Verhältnissen, die schon vor dem Krieg, vollends aber heute überlebt sein sollten. Die Abwehrstellung der Katholiken gegen das evangelische Reich hatte um die Jahrhundertwende ihren letzten Sinn verloren. Von da ab würde die katholische Partei einfach die zweite Sektion der großen Rechtspartei geworden sein, wenn nicht das Schwergewicht der vielen Kleinbürgerlichen und proletarischen Wähler der Partei infolge des allgemeinen Stimmrechts, der Wettlauf mit den sozialistischen Demagogen, der derbe Einschlag süd- und westdeutschen Partikularismus, sowie der Ehrgeiz Einzelner diese Partei gegen ihre Natur in entscheidenden Augenblicken an die Seite der staatsverneinenden Linken getrieben hätte. Der auffallende Mangel an Talenten unter den heutigen Führern dieser Partei und das recht große Maß von Strebertum, das sich in ihr geltend macht, verschaffte ihr den bösen Ruhm, in Erzberger den eigentlichen Reichszerstörer neben Scheidemann hervorgebracht zu haben. Heute scheint die Partei diese schlechten Säfte mehr und mehr auszuscheiden. Der katholische Süden Deutschlands, Bayern und Osterreich, haben in gewissem Sinn die Führung des nationalen Gedankens übernommen, und gerade das Abermaß trauriger Parteiverödung unter der Erzbergerschen Diktatur hat die katholischen Patrioten heute vielleicht mehr an die Seite ihrer evangelischen Kameraden geführt, als es seit langem der Fall war. Jedenfalls bildet die Fortentwicklung des Zentrums den eigentlichen Schlüssel für die Zukunft unseres Parteiwesens nach der guten oder schlechten Seite hin.

Die Nationalliberalen, die schon lange vor dem Krieg weniger durch Weltanschauungsgegensätze als durch die Abneigung gegen den Partikularismus der Konservativen von diesen getrennt marschierten, aber in jeder guten Stunde des deutschen Parteilebens vereint mit ihnen schlugen, sind heute fast nur noch durch die Judenfrage, sowie durch gewisse Temperamentsunterschiede in der Behandlung der anderen Parteien, insbesondere aber durch die Person Stresemanns, der nur eine kleine Partei führen kann, von den Deutschnationalen getrennt. Das Nationale bildet auch bei der deutschen Volkspartei gegenwärtig ein stärkeres Motiv als das liberale. Nachdem alle liberalen Forderungen im Staat nicht nur erfüllt, sondern längst durch ein Abermaß demokratischer Versassungsexperimente übertrumpft und karikiert sind, ist es fast ausschließlich das Maß nationalen Instinkts und staatlicher Hingebung, das der Deutschen Volkspartei ihre Werbekraft in der Bevölkerung verleiht.

Wie die Wetterfahne den Wind anzeigt, so verkündet die jeweilige Stimmung in der demokratischen Partei, ob die stärkste Macht rechts oder links von ihr steht. Der scharfen Linkswendung dieser Partei im November 1918 ist seit dem Versailler Frieden und den Neuwahlen ein stetiges Abdrehen nach rechts gefolgt. Das Häuflein Achtundvierziger-Sturmgesellen und andere Reste eines unerschütterlichen, auch durch keine Wilson-Enttäuschung geheilten Doktrinarismus könnten freilich keine Partei, sondern höchstens eine Sekte begründen. Infolgedessen herrscht in der demokratischen Partei Unzufriedenheit und Verlegenheit gegen sich selbst und eine mehr oder weniger breite, mehr oder weniger unfreiwillige stille Fahnenflucht der tüchtigen, nach Klarheit ringenden nationalen Elemente der Partei. Wäre nicht eine altfundierte Presse, der Einfluß der Halbbildung unter Volks-

schullehrern und verwandten Ständen und der übernational-illusionistische Gerechtigkeits- und Friedensdrang des deutschen Bourgeois, so würde diese Partei ihren Körper vollends teils an die Sozialdemokraten, teils an die Rechtsparteien verlieren, nachdem ihr revolutionärer Altweiberjommer nur so kurz gedauert hat. Eigentliche Zukunft als einer Trägerin der demokratischen Überzeugungen der „gemäßigten“ Massen kann man nicht ihr, sondern nur der Mehrheitssozialdemokratie zuschreiben, die seit dem November 1918 im wesentlichen an ihre historische Stelle gerückt ist.

Das Verantwortungsgefühl und die Besonnenheit, welche die Sozialdemokratie seit der Revolution bewiesen hat, ist zwar zu gering, um einen Staat zu regieren, aber immer noch zu groß, um das Suggestionenbedürfnis der „ungemäßigten“ eigentlichen Masse zu befriedigen. Infolgedessen werden, solange der Stimmzettelmehanismus (an Stelle einer berufsständischen Gliederung der Volksvertretung) die Wahlen beherrscht, stets einige geräuschvolle Bänke von Erwähltesten des kleinen Volkes übrig bleiben, deren „unabhängige“ Pfriindner, selbst regierungsunfähig, als parlamentarisches Hindernis in die Verwaltungsmaschinerie eingreifen. Keine sachliche und fruchtbare Opposition, sondern nur verschleppende, Zeit und Kraft raubende Obstruktion ist im allgemeinen von diesen beschränkten Volkstribunen zu erwarten. Ihre Hauptbedeutung bleibt es, die „gemäßigten“ Sozialisten in Konkurrenzfurcht und damit im Dienst der Phrase und Volksbetörung zu erhalten. Es ist kaum anzunehmen, daß unter den furchtbaren Lebensverhältnissen der Gegenwart, welche den unteren Ständen so viel Anlaß zu Klagen und Abhilfeversuchen und einer Regierung so wenig Macht und Erfolge gibt, die Demagogie wesentlich zurückgedrängt wird. An leerer Krippe zanken sich die Pferde. Dann man von den Massen an sich kaum die Einsicht erwarten, wie sehr sie sich bescheiden müssen, so werden sie durch die Vorspiegelungen ihrer Führer, aber auch durch das schlechte, unsolidarische Leben gewisser Teile der besitzenden Klassen noch stärker aufgereizt.

Die Gesundung des deutschen Parteiwesens ist deshalb nicht von der linken, sondern ausschließlich von der rechten Seite her zu erhoffen. Zunächst einmal von der Selbsterziehung der zur Führung berufenen Schichten. Obwohl wir seit zwei Jahren in einem parlamentarischen Staat leben und auf dem Papier eine Verfassung haben, nach welcher die Parteien der Ausbund aller politischen Kraft und Intelligenz des Volkes sein müßten, gleichen unsere Parteien doch in der Schwäche ihrer Persönlichkeiten, in der Mittelmäßigkeit ihres Ehrgeizes und in dem Mangel an Verantwortungsgefühl allzu sehr den Parteien der Vorkriegszeit. Sie bilden zwar heute die Regierung. Aber statt dem abwärts rollenden Wagen die kundigsten Führer zu geben, verteilen die Parteien unter sich wie Vergnügungsreisende die ministeriellen Passagierplätze; niemand scheint zu bemerken, daß der Bock eigentlich leer und das Gespann mit schleifenden Zügeln im Rasen ist. Das Finanzministerium z. B. wurde von Erzberger beansprucht, nicht weil er etwas von Finanzen verstand, sondern als Machtfrage seiner Partei. Nun ist aber nach Erzbergers Weggang das Finanzministerium dem Zentrum anscheinend endgültig verfallen, wie ein Aufsichtsratsposten den Erben eines Großaktionärs. Kürzlich erkundigte sich ein ausländischer Botschafter in einem politischen Zirkel erstaunt danach, weshalb Deutschland in diesem beispiellosen Zeitalter zum Hüter seiner

Finanzen einen bewährten Oberlehrer der Mathematik erwählt habe, der sich durch keinerlei besondere Kenntnis, Erfahrung und Talente in deutscher und ausländischer Finanzwirtschaft und Politik auszeichne. Die Antwort mußte lauten, daß das Zentrum nun einmal nicht die Partei der Bankdirektoren oder sonstigen Finanzleute sei, daß andererseits ein Beamtenminister die Majestät des Parlaments verletzen würde und daß man insofgedessen sich genötigt gesehen habe, den Posten, der die stärkste Tatkraft und den größten Weitblick erfordere, demjenigen Mitglied der christlichen Volkspartei zu übertragen, welches doch immerhin mit Logarithmen am besten Bescheid wisse.

Dieses Urteil, das der philosophische Deutsche beim nunmehr bevorstehenden ersten Jahresjubiläum des Ministeriums Wirth mit jener selben Langmut buchen kann, mit der er die einjährige Reichskanzlerschaft des altersschwachen Hertling im Augenblick der letzten Kriegsentscheidung ertragen hat, ist wie ein Symbol für die Fortdauer unserer alten Parteiverhältnisse. Wie aus deutschen Volksvertretungen im Laufe der ganzen deutschen Geschichte noch niemals etwas Schöpferisches hervorgegangen ist, sich dagegen die Rettung des Vaterlandes auch dem Parlament zum Trotz mehrmals durch andere Kräfte der Nation vollzogen hat, so würde auch heute kein Mensch vom Reichstag und seinen Parteikonstellationen das Heil erwarten, sondern eher von Männern und Verbänden, welche durch die Reichstagsmehrheit vielleicht ebenso mit der Reichsacht belegt werden könnten, wie einst Friedrich der Große. Aber es gibt doch auch Anzeichen dafür, daß aus den vaterländischen Schichten der Nation sich die Ansätze einer wirklichen Volksvertretung bilden, von der wir mit dem Freiherrn vom Stein überzeugt sind, daß nicht die Diktatur oder der Absolutismus eines Mannes, eines Kreises oder einer Klasse, sondern einzig die Zusammenfassung alles Gefunden und Solidarischen im ganzen Volk den Boden einer dauernden Regierung bilden kann.

Wir brauchen — um beim heutigen Parlament zu bleiben — zunächst wohl eine starke, verantwortungsbewusste Regierung im Sinne der drei Rechtsparteien anstelle des augenblicklichen faulen Kompromisses. Formt sich dann aus größerer politischer Reife der Arbeitermassen heraus eine nationale, also regierungsfähige Linke, so würde die allmähliche organische Entwicklung eines Zweiparteiensystems jedenfalls besser sein als das für Deutschland offenbar unzutragliche französische System wechselnder Regierungskoalitionen und -koterien mit dem speziell deutschen Zusatz von Klebstoff im Finanz- und anderen Ministerien.

